



# NEUTRALITÄT & HALTUNG SIND KEIN WIDERSPRUCH

## ANTRAG NR.7 LPT21

### **Antragsteller: SPÖ Salzburg**

*Empfehlung der Antragsprüfungskommission: Annahme & Weiterleitung an die SPÖ-Bundespartei sowie an den SPÖ-Nationalratsklub*

Mit gutem Grund hat der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz im Zusammenhang mit der Russischen Invasion in der Ukraine von einer „Zeitenwende“ gesprochen. Denn eines scheint gewiss: Selbst dann, wenn der Frieden wieder hergestellt sein wird, wird es unmöglich sein, zur alten Tagesordnung zurückzukehren. Ein geopolitisch motivierter Angriffskrieg eines europäischen Staates gegen einen anderen ist auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr vorgekommen. Politische Begriffe wie Ost oder West greifen im Zusammenhang mit dem aktuellen Krieg zu kurz, und auch die österreichische Neutralität steht dieser Tage zur Disposition. Mit diesem Antrag wird die SPÖ Salzburg aufgefordert, sich innerhalb der Sozialdemokratie und in sonstigen Gremien für ein neues Verständnis der Neutralität starkzumachen, an deren immerwährender Gültigkeit es jedoch umso mehr festzuhalten gilt. Haltung und Neutralität dürfen kein Widerspruch sein. Militärische Bündnisfreiheit entbindet Österreich nicht, sich der Verantwortung zu entziehen, auf die Einhaltung der Menschenrechte zu pochen und einen aktiven Beitrag zum Frieden in der Welt zu leisten.

### **Der 43. Landesparteitag der Salzburger SPÖ möge sich daher zu folgender Positionierung bekennen:**

- Die Sozialdemokratie möge sich für ein modernes Verständnis der Neutralität einsetzen, das streng an der immerwährenden militärischen Bündnisfreiheit festhält. Das bedeutet, dass sich Österreich für die Zukunft verpflichtet, weder indirekt noch direkt an Kampfhandlungen zwischen Drittstaaten zu beteiligen.
- Die Sozialdemokratie möge sich dafür stark machen, dass die Republik Österreich als Teil der Europäischen Union für eine gemeinsame Verteidigungspolitik eintritt und seinen humanitären Beitrag leistet, wenn Staaten von Drittstaaten angegriffen werden sollten.
- Die Sozialdemokratie möge sich dafür einsetzen, dass Österreich wieder ein stärkeres Profil er-

hält und eine aktive Rolle einnimmt, wenn es darum geht, in militärischen Konflikten als glaubwürdige Vermittlerin und Ansprechpartnerin der Streitparteien aufzutreten und verbindend einzuwirken.

- Aus der militärischen Neutralität Österreichs erwächst kein Recht, zu schweigen. Sowohl die österreichische Neutralität, als auch die Europäischen Menschenrechtskonventionen (EMRK) stehen in der österreichischen Rechtsordnung in Verfassungsrang. Immer dann, wenn ein Staat Opfer eines Angriffskrieges wird, das Menschenrecht gebeugt wird oder Krieg völkerrechtlich illegitim ist, muss es das österreichische Neutralitätsverständnis gebieten, mit deutlicher Stimme dagegen aufzutreten bzw. mit allen diplomatischen sowie friedfertigen Mitteln einen Beitrag zu leisten, welcher der Wiederherstellung des Friedens dienlich ist.